

# Zahlung auf viele Schultern verteilen

**Mörfelden-Walldorf** Die Freien Wähler plädieren für eine wiederkehrende Straßenbeitragsatzung

Die Vereinsförderung und die Straßenbeitragsatzung bestimmten die Diskussion beim offenen Gesprächsabend der Freien Wähler. Bei der Vereinsförderung wollen sie mehr Transparenz herstellen.

VON ALEXANDER KOCH

Die Freien Wähler in Mörfelden-Walldorf hatten – wie an jedem letzten Mittwochabend im Monat – zu ihrem offenen Gesprächsabend eingeladen. Mit der Straßenbeitragsatzung oder der Vereinsförderung wurden wichtige kommunalpolitische Themen mit den Bürgern diskutiert.

Es ist nicht einfach, Bürger für Kommunalpolitik zu interessieren. Doch am Mittwochabend waren 25 Zuhörer in den Goldenen Apfel nach Mörfelden zu den Freien Wählern zu ihrem offenen Gesprächsabend gekommen. „Heute

Abend hat Bayern München gegen Paris in der Champions League gespielt, das hat uns bestimmt noch einige Zuhörer gekostet“, so der Erste Stadtrat Burkhard Ziegler mit einem Augenzwinkern. Statt sich das 0:3 der Bayern anzusehen, hätte der eine oder andere vielleicht besser kommen sollen, um sich von Ziegler und dem Fraktionsvorsitzenden der Freien Wähler Joachim Rommel die Kommunalpolitik in der Doppelstadt erklären zu lassen. Gemessen am starken Konkurrenzprogramm sind 25 Zuhörer, darunter viele Nichtmitglieder der Freien Wähler, sehr beachtlich.

## Breite Themenpalette

Ziegler und Rommel gingen auf eine Vielzahl von Themen ein. Zudem gaben sie geduldig auf alle Fragen der Bürger Antwort. Ob Parkplätze – im Besonderen die neue Parkplatzregelung am Dalles in Mörfelden und die Parkplatzsi-



Burkhard Ziegler,  
Vorsitzender der  
Freien Wähler

tuation an der Wallstraße – Spurenstoffe im Trinkwasser, die kommenden Haushaltsberatungen für den geplanten Doppelhaushalt 2018/19, Geschwindigkeitsbegrenzungen in der Stadt, die Südumgehung, der Tizianplatz, die Hessenkasse, Lärmschutz, bezahlbarer Wohnraum und vieles mehr: Kaum ein Thema wurde nicht angesprochen.

Fraktionsvorsitzender Rommel gab zudem einen Rückblick auf die letzte Stadtverordnetenversammlung, die 30 Tagesordnungspunkte umfasste. Ein wichtiges Thema der letzten Stadtverordnetenversamm-

lung sowie des offenen Gesprächsabends der Freien Wähler war zweifellos die Vereins- und Sportförderung. Die Freien Wähler betonten hierbei, dass sie zwar ausdrücklich für Vereins- und Sportförderung sind. Sie wollen aber den tatsächlichen Bedarf ermittelt haben und die finanziellen Aufwendungen der Stadt genau im Auge behalten und mehr Transparenz über die Förderung herstellen.

Die Freien Wähler hatten gemäß dieser Linie in der jüngsten Stadtverordnetenversammlung zusammen mit SPD, CDU, DKP/LL und FDP für eine Grundsatzentscheidung zugunsten von Investitionszuschüssen für Hallenprojekte der Sport- und Kulturvereinigung (SKV) Mörfelden und der Turngesellschaft Walldorf gestimmt. Zudem soll ein Sonderzuschuss für die SKV Mörfelden und deren Hallenprojekt gewährt werden. Wie hoch die Zuschüsse genau sein wer-

den, das ist noch unklar, das hängt unter anderem von der Größe der zu bauenden Hallen ab. Der Gewährung der Zuschüsse geht eine Bedarfsermittlung voraus.

## Per Gesetz verpflichtet

Ein weiteres wichtiges aktuelles kommunalpolitisches Thema war das Thema Straßenbeitragsatzung. Die hessischen Kommunen sind per Landesgesetz dazu verpflichtet, eine Straßenbeitragsatzung einzuführen. Mörfelden-Walldorf gehört zusammen mit Rüsselsheim zu den sehr wenigen Kommunen in Hessen, die dieser Vorgabe noch nicht gefolgt sind. Das Regierungspräsidium in Darmstadt hat aber deutlich gemacht, dass die Genehmigung des Haushaltes 2018 nicht erfolgt, sollte die Doppelstadt keine Straßenbeitragsatzung einführen.

Ohne Genehmigung des Haushaltes könnte die Stadt aber keine sogenannten freiwilligen Leistun-

gen tätigen, hierzu gehören unter anderem die Vereins- und Sportförderung. Das wollen die Freien Wähler nicht, weshalb sie keine Alternative zur Einführung einer Straßenbeitragsatzung sehen.

Hierbei präferieren sie das System wiederkehrender Beiträge gegenüber einmaligen Straßenbeiträgen. Das bedeutet, die Stadt wird in Abrechnungsbezirke eingeteilt, es müssen nicht nur die Anlieger einer Straße zahlen. Die Zahlungen werden somit kleiner, weil sie auf mehr Schultern verteilt werden. Gezahlt werden muss nur bei grundhaften Sanierungen von Straßen, die allerdings vorerst in der Doppelstadt laut Ziegler gar nicht anstehen. „Wir tun bei unseren Gesprächsabenden auf kommunaler Ebene das, was CDU und SPD vor der Bundestagswahl offenbar leider weitgehend versäumt haben. Wir stellen uns den Bürgern und erklären geduldig unsere Politik.“